

niert, doppelt betrogen, doppelt enttäuscht sind alle jene, die mit der Arbeit auch noch ihren Spargroschen verloren haben.

Welch eine bittere Lektion erhoiten sie vom Kapitalismus, an den doch so viele unter ihnen als die einzig mögliche Gesellschaftsform blindlings glauben. Hand aufs Herz! So mancher dieser unserer Klammgenossen dachte weniger an seine Klasse als an sich, er glaube, sich hochhingen zu können. Er dachte, wenn es Borsig gut geht, werde es auch ihm gut gehen. Darum war er gar oft bei Streiks nicht der Erste, sondern der Letzte, Laueste, Uninteressierteste. So mancher dieser Sparproleten fiel so auf die faschistische Volksgemeinschaftsbeologie herein, deren flehige Blieger die Borsigs als Hintermänner der Nazis waren. Und jetzt? Und jetzt?

Die Familie Borsig hat ihre Luxusjacht, hat ihre Autos, hat ihr Schloß, hat ihre Grundstücke, hat ihr Jagdhaus, hat, hat! Auch die kleinen Borsig-Sparer haben etwas, nämlich die Not, die Sorge, die Verzweiflung.

Die proletarischen Bankräuber werden mit der Strenge der Justiz angepaßt. Aber wer belangt die Gedrücker Borsig? Niemand! Wir Kommunisten haben gefordert und fordern heute, daß das Millionenpaar dieser Ausbeuterfamilie beschlagnahmt werde, um die Weiterzahlung der Löhne und Gehälter, um die Auszahlung der kleinen Sparguthaben sicherzustellen.

Wir sind die einzigen, die das fordern. Wir, und nicht die SPD, schon gar nicht die Nazis. Der Spargeldräuber Borsig, der sich in der ganzen Welt, in ganz Deutschland, ist das Ideal der Fakenkreuzler. Ihr Programmleiter, Reichstagsabgeordneter Feder, hat in dem Buch „Der deutsche Staat“ ausdrücklich versichert, daß die Nationalsozialisten Borsig niemals enteignen werden. Da seht ihr die wahren Schüler der großkapitalistischen Räuber: sie heißen Hitler, Goebbels, Feder, Fric, Goering, Straßer!

Die Tragödie der Borsig-Belagerte, die da eben noch in Tegel arbeitete und jetzt in Reinickendorf steckelt, ist eine Lehre für alle. Was gestern in dem angesehenen Betrieb der deutschen Schwerindustrie passierte, kann sich schon morgen durch Zusammenbruch auch anderer großer Fabriken wiederholen.

Darum: nicht den Kapitalisten die letzten paar Groschen anvertrauen und so das eigene Schicksal an das des Kapitalismus binden, sondern als Mitglied der proletarischen Klasse um höheren Lohn kämpfen! Nicht Stille einer Gesellschaft sein, in der der Arbeiter und kleine Werttätige stets nur unterster Quader der gesellschaftlichen Pyramide ist! Nicht, wie die SPD und ADGB-Führer und die Nazis, die die Geschäfte der Kapitalisten besorgen, sondern eine Gesellschaftsordnung beschaffen, die für die Arbeiter nur Lohn- und Unterstühtungsraub kennt!

Wem hat das Leben recht gegeben? Denen, die an die Solidarität des Kapitalismus glaubten und sich ihm bedenkenlos anvertrauten? Oder denen, die seit je dem Proletariat und den mit ihm verbündeten werktätigen Schichten einhimmerten, daß es für sie nur den Rettungsweg des Sozialismus gibt? Wer recht behalten hat? Mögen Tatsachen sprechen: die Tore des Borsig-Betriebes sind geschlossen, aber zu der gleichen Zeit öffnen sich die Tore immer neuer Sowjetbetriebe! Hier, im zusammenbrechenden Kapitalismus, gehen die Arbeiter zugrunde. Dort drüben, unter der Regierung der Kommunistischen Partei, der Herrschaft des werktätigen Volkes, kann man gar nicht genug Arbeiter finden.

Die Ausbeutung und Enttäuschung durch den Kapitalismus einerseits und das große positive Beispiel der Sowjetunion andererseits, zwingen auch diejenigen auf den Weg des Klassenkampfes, die bisher den Sirenenklängen der Tolerierungsparteien und den Prophezeien des Dritten Reiches folgten.

## Millionenbetrüger Lahusen aus der Haft entlassen!

Eine Provokation gegen das arbeitende Volk! Gebt für die Winterhilfe der NSD!

Bremen, den 23. Dezember

Der Untersuchungsrichter, der die Angelegenheit der nationalsozialistischen Betrüger Lahusen in den Händen hat, verfügte im Einverständnis der Staatsanwaltschaft die Haftentlassung Heinz Lahusens gegen Bürgschaften in Höhe von 100 000 Mark. Die ungeheuren Verschleierungsmöglichkeiten die dem betrügerischen Bankrotteur durch eine solche Haftentlassung gegeben werden, erklärt die Justizbehörde als erledigt. Nicht nur die Arbeiter und Angestellten des Nordwolke-Konzerns, auch die gesamte arbeitende Bevölkerung Deutschlands muß diese Haftentlassung als einen Schlag ins Gesicht der Massen empfinden. Kein proletarischer politischer Gesangener ist jetzt amnestiert worden. Wegen der geringfügigsten Verdachtsmomente werden revolutionäre Proletarier Wochen und Monate in Unterwerfungshaft gehalten — dem verbrecherischen Bankrotteur öffnet man die Tore, damit er Weihnachten und Neujahr „kandbesgemäß“ feiern kann. Sammelt für die Winterhilfe der NSD, für die Opfer der kapitalistischen Klassenjustiz, für die Kämpfer um die Befreiung der Arbeiterklasse!

## Liebtnechtmörder organisiert die Faschisten Schwedens

Sein Waffenschmuggel von einem Bankier finanziert / Wieder in Deutschland?

Aus Schweden kommt die Nachricht, daß der deutsche Kapitänlieutenant Horst v. Pflug-Hartung ausgewiesen wurde. Der Mann ist dem deutschen Proletariat nicht unbekannt. Es handelt sich um den Chef der 8. Abteilung der berüchtigten Garde-Kavallerie-Schützenbrigade, der an der Ermordung Karl Liebknechts teilnahm und — natürlich — freigesprochen wurde. Aus Angst vor den Arbeitern flüchtete er sofort nach Dänemark und im September 1919 nach Stockholm. Dort betätigte er sich, wie ein abtrünnig gewordener schwedischer Faschistenhüpfing sehr enthusiastisch, als Organisator der schwedischen Faschisten, deren Spezialkampftrope eine etwa 2000 Mann zählende geheime Militärorganisation unter Führung des schwedischen Generals Munda teils aus offiziellen Armeekorpsporträten, teils mit Hilfe eben des Liebtnechtmörders Pflug-Hartung bewaffnet wurde.

Pflug-Hartung erhielt von dem Stockholmer Bankier Högmann 15 000 Kronen und beschaffte dafür aus Deutschland mehrere hundert Maschinen- und Pistolen. Auch ungeheure Mengen Patronen wurden aus Deutschland eingeschmuggelt. Der offizielle Stockholmer Polizeibericht, dem wir diese Tatsachen entnehmen, meldet, daß einer der gefährlichsten Führer der Organisation Consul, der inzwischen verstorbenen Götting, Pflug-Hartungs Mittelsmann in Deutschland war. Natürlich ist das nur ein kleiner Ausschnitt aus den Untaten des Liebtnechtmörders, denn was er nach 1927 getrieben hat, entzieht sich der Kenntnis des Enthüllers.

# Milliarden Lohnverluste

Preislenkungskommissar erklärt: „Kaufkraft in einem noch nie erlebten Maße verringert“

Der neue Preislenkungskommissar für die Preisüberwachung, Goerdel, sprach gestern abend im Rundfunk über die Aufgaben der Preislenkung. Dabei erklärte Dr. Goerdel wörtlich:

„Durch die von der Notverordnung vorgeesehenen Maßnahmen vermindert sich am 1. Januar die Kaufkraft in einem noch nie erlebten Maße. Durch die Einkommensverminderung wurden etwa 35 Milliarden des deutschen Volkvermögens erlahmt. Diese Herabsetzung der Kaufkraft zieht alles in ihren Strudel und, um vernichtende Auswirkungen zu verhindern, bedarf es regulierender Kräfte.“

Hier wird zum ersten Male von amtlicher Seite daß ungeheure Ausmaß der Abbauaktion für Löhne und Gehälter zuge-

geben. Da im Durchschnitt der Lohn- und Gehaltszöhen etwa 12 Prozent beträgt, ist also der Verlust für die Arbeiter und vier Milliarden Mark. Kein Wunder, wenn der Preislenkungskommissar von „vernichtenden Auswirkungen“ spricht.

Was Herr Dr. Goerdel anschließend über die „Preislenkungsaktion“ zu sagen hatte, war mehr als dürftig. Er forderte eine „Preisüberwachung“ als „vaterländische Pflicht“ und eine Veröffentlichung aller Verhandlungsergebnisse über die Preislenkung. Damit sind die Preise noch lange nicht gelockert. Die Preislenkungsaktion wird in keinem Fall das ungeheure Ausmaß der Lohnsenkung erreichen.

## Neue Notverordnung, neue Lasten

Einkommensteuerveränderung, Ledigensteuer und erhöhte Zölle bleiben bestehen

Wie wir gestern bereits mitteilten, hat die Brüning-Regierung eine neue Notverordnung fertiggestellt, die einen Tag vor Weihnachten, am 23. Dezember, veröffentlicht werden soll. In dieser Notverordnung sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Der 5prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer, die Ledigensteuer und die Ausschüttungssteuer werden für das ganze nächste Jahr verlängert. Bekanntlich sollte die Ledigensteuer mit dem 31. Dezember 1931 verschwinden.

Wie durch Notverordnung neu festgesetzt, d. h. erhöht

Zölle, werden für 1932 verlängert. Das gilt insbesondere für den stark erhöhten Zuckerkaff.

Das Lohnplünderungsgesetz, das eine größere Summe für Pfändungen freigibt, wird ebenfalls verlängert.

Die bisherige vierteljährliche Rentenzahlung für Besatzungsschäden wird in monatliche Zahlungen umgewandelt.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen der neuen Notverordnung. Sie bringen wieder eine Erhöhung der Lasten, weil alle Steuern, die am 31. Dezember abgelaufen waren, für das ganze nächste Jahr verlängert werden. Ein hübsches Weihnachtsgeschenk für die werktätigen Massen!

## Weddinger SPD mit 249:1 Stimmen gegen Parteivorstand und Tolerierung

Sensationeller Bericht der „Roten Fahne“

Das Zentralorgan der SPD, „Die Rote Fahne“, veröffentlicht einen sensationellen Bericht über die Abstimmung in der SPD-Mitgliederversammlung der 20. Kreisgruppe, Berlin-Wedding. In dieser Mitgliederversammlung, die in der Schulstraße des Arbeiterbezirks Wedding stattfand, sprach Löwenstein über die Notverordnung. Obwohl er versuchte, durch rabulose Phrasen die Mitglieder zu beruhigen entstand ungeheurer Tumult. Mit 249 gegen nur eine Stimme wurde ein Mißtrauensantrag gegen den Parteivorstand und die Tolerierungspolitik angenommen.

Schon in der vorigen Woche konnte die Rote Fahne Berichte über die Funktionärversammlungen der SPD in Berlin bringen, die wie eine Bombe eingeschlagen haben. Nur aus diesen Berichten konnten die SPD-Arbeiter die tatsächliche Lage in ihrer Partei kennen lernen, denn der Vorwärts verschweigt hartnäckig alles, was in den Mitglieder- und Funktionärversammlungen der SPD vor sich geht.

Die Abstimmung und der Sturm in der Versammlung des proletarischen Mitgliederbezirks kennzeichnet den ungeheuren Empörungslärm der SPD-Arbeiter gegen die Tolerierungspolitik. Aber es genügt nicht, Mißtrauensresolutionen anzunehmen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen weitergehen und reinen Tisch machen durch Herstellung der roten Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern.

## Überall Übertritte von der SPD zur KPD!

In Kottweil (Württemberg) sind vier Reichsbannerarbeiter zur KPD übergetreten. Sie gaben eine Erklärung ab, in der sie ihren Übertritt damit begründen, daß sie die Tolerierungspolitik des Reichsbanners und der SPD nicht mehr mitmachen können.

Der SPD-Arbeiter Gustav Secht, Bevollmächtigter des

Soljarbeiterverbandes in Puppen (Ostpreußen), ist zur KPD übergetreten. Er fordert alle Kollegen der SPD und der Gewerkschaften auf, seinem Schritt zu folgen.

Die frühere Magdeburger Fürsorgegärtin, Frau Dr. med. Nachmann, ist nach elfjähriger Mitgliedschaft in der SPD zur KPD übergetreten. Sie hat aus Anlaß ihres Austritts an den Ortsverein Magdeburg der SPD eine Erklärung geschrieben, in der sie scharf gegen die Politik der SPD Stellung nimmt. Sie fordert alle ehrlichen Arbeiter in der SPD auf, ihrem Schritt zu folgen.

## Bund religiöser Sozialisten aufgelöst!

Am 20. Dezember fand in Mannheim eine überfüllte Mitgliederversammlung des Bundes religiöser Sozialisten statt, die zu dem Schritt des Genossen Edert, der lange diesem Bundes angehörte und nun zur KPD übertrat, Stellung nahm. Genosse Edert sprach selbst in dieser Versammlung für die rote Einheitsfront. 128 Mitglieder erklärten ihren Austritt, zehn kamen sofort zur KPD und 41 Abonnenten für die kommunistische „Volkstribüne“ wurden unterzeichnet. Die Versammelten erklärten sich einmütig für die Neubildung des Bundes in ganz Deutschland und für die Eingliederung aller Klassenbewußten Mitglieder in die rote Einheitsfront.

## Östlichens Auslandsfreunde organisieren Einheitsfront

Sozialdemokratische, kommunistische und SWP-Arbeiter bilden Auslandsfreunde in Kleinnaundorf — In ganz Ostpreußen Auslandsberichte

In einer Versammlung in Kleinnaundorf erklärte der Auslandsdelegierte Gähler, der bis zu seiner Abreise Mitglied der SPD war und jetzt Vorsitzender des SWP ist, Bericht über die Sowjetunion. Trotzdem der sozialdemokratische Parteitag abgewandte Scheitern persönlich die SPD-Arbeiter angefordert hatte, diese Versammlung nicht zu besuchen, waren 300 Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen, darunter in der Mehrzahl SWP-, KPD-, SWP- und SWP-Beute. Begleitet wurden die Ausrichtungen des Genossen Gähler ausgenommen und eine Gruppe des Bundes der Freunde der Sowjetunion und ein Auslandsfreunde-Komitee gebildet. Eine große Anzahl von SPD- und SWP-Mitglieder traten dem Bunde bei und brachten damit ihren Willen zur Einheitsfront des revolutionären Proletariats gegen Faschismus und Kriegsgesfahr, für den Schutz der Sowjetunion zum Ausdruck.

Wie uns der Bund der Freunde der Sowjetunion mitteilt werden in ganz Ostpreußen die

drei Auslandsdelegierten Gähler (SWP), Düssel (SWP) und Böckel (SWP)

über den sozialistischen Aufbau in der UdSSR berichten. In folgenden Tagen und in folgenden Instruktionsgebieten können die Delegierten angefordert werden:

- |                           |                       |
|---------------------------|-----------------------|
| 4.—5. 1. Kischke          | 15.—17. 2. Nadeberg   |
| 6.—8. 1. Kadebeul         | 18.—20. 2. Grohndorf  |
| 11.—13. 1. Melßen         | 22.—24. 2. Ramenz     |
| 14.—16. 1. Wilsdruff      | 25.—27. 2. Königsdorf |
| 18.—20. 1. Heidenau       | 28.—30. 2. Neustadt   |
| 21.—23. 1. Pirna          | 3.—5. 3. Sebnitz      |
| 24.—26. 1. Schandau       | 7.—9. 3. Ottendorf    |
| 27.—29. 1. Hainichen      | 10.—11. 3. Nadeberg   |
| 30. 1.—2. Freital         | 14.—15. 3. Brodowin   |
| 2.—4. 2. Cohnmannsdorf    | 16.—17. 3. Cossel     |
| 5.—7. 2. Dippoldisdorf    | 18.—20. 3. Bergschütz |
| 8.—10. 2. Schmiedeburg    | 21.—23. 3. Bergschütz |
| 11. 2. Naturfreunde Cotta | 24.—26. 3. Weißbach   |

Zwischen Denderon, dem Vorsitzenden der kommenden 23. Delegiertenkonferenz und Frankreich ist endgültig vereinbart worden, den Zusammenritt der Delegiertenkonferenz auf den 2. Dezember 1932 festzulegen.